

Inhaltsverzeichnis

Literaturverzeichnis	xiii
1. Teil: Einleitung	1
2. Teil: Rechtssystematische Einordnung und Voraussetzungen etwaiger Rechtspflichten	5
A. Rechtspflicht im allgemeinen Sprach- und Rechtsgebrauch	5
B. Keine öffentlich-rechtliche Rechtspflicht.....	8
C. Zivilrechtliche Rechtspflicht	12
I. Fehlen primärer Leistungspflichten im Sinne eines klassischen Schuldverhältnisses.....	13
II. Deliktisches Schuldverhältnis	17
III. Recht der Sonderverbindungen	18
1. Anerkannte Notwendigkeit der Sonderverbindungen.....	20
2. Begründung und Begrenzung zivilrechtlicher Sonderverbindungen	21
a) Legitimationsansätze	22
aa) Rechtsgeschäftliche und gesetzliche Begründungsansätze	22
bb) Lehre vom besonderen (Sozial-)Kontakt	25
cc) Lehre der Vertrauenshaftung	26
dd) Funktionaler Legitimationsansatz	27
ee) Stellungnahme	28
b) Eingrenzungserfordernis und Lösungsansätze	29
aa) Systembezogene und systemautonome Ansätze	29
bb) Begrenzung auf geschäftlich-kommerzielle Beziehungen	32
cc) Begrenzung auf rechtsgeschäftliche Beziehungen	35
(1) Selbstverantwortung als Korrelat rechtsgeschäftlichen Handelns (Privatautonomie).....	36
(2) Gesetzesystematik als Anknüpfungspunkt einer Begrenzung auf rechtsgeschäftliche Kontakte	38
dd) Begrenzung auf rechtsgeschäftsähnliche Beziehungen.....	40
ee) Stellungnahme zur Begrenzung zivilrechtlicher Sonderverbindungen.....	41

(1) Rechtsgeschäftliches Handeln als unzureichender Anknüpfungspunkt für die Anwendbarkeit des allgemeinen Schuldrechts	41
(2) Anerkannte Entstehungsgründe allgemeiner schuldrechtlicher Sonderbeziehungen.....	42
(3) Partielle Betrachtung bewusst fremdnütziger Geschäftsbesorgungen	44
(a) Geschäftsführung ohne Auftrag als Ausgangspunkt der Untersuchung gesetzlicher Entstehungsgründe	45
(b) Entstehung eines gesetzlichen Schuldverhältnisses im Rahmen der GoA.....	46
(c) Fremdnütziges Tätigwerden in fremder Interessensphäre als besonderer Verantwortungsmaßstab.....	48
(d) Klare Unterscheidbarkeit zum Deliktsrecht	49
(4) Begrenzung auf rechtsgeschäftsähnliche Kontakte auch im Sinne eines bewusst fremdnützigen Handelns in der Interessensphäre eines anderen	49
3. Konstituierende und restriktive Merkmale einer Sonderverbindung	51
aa) Besonderer Sozialkontakt.....	51
(1) Beschränkung auf rechtsgeschäftsähnliche Berührungen im weiteren Sinne.....	52
(2) Kein zwingender Ausschluss unfreiwilliger Kontakte	52
bb) Gewährung und Inanspruchnahme von Vertrauen	54
cc) Erhöhte Einwirkungsmöglichkeit auf fremde Rechtsgüter	56
dd) Stellungnahme	58
4. Zusammenfassung zum Recht der Sonderverbindungen	59
IV. Zusammenfassung zur zivilrechtlichen Rechtspflicht.....	60
D. Strafrechtliche Rechtspflicht	60
I. Vermögensbetreuungspflichten nach § 266 StGB.....	61
II. Konstituierende Merkmale strafrechtlicher Vermögensbetreuungspflichten	64
1. Geschäftsbesorgungscharakter.....	65
2. Fremdnützigkeit des Betreuungsverhältnisses	67
3. Vermögensbetreuung als Hauptpflicht bzw. wesentliche Pflicht	68

a) Vertrauensbegründender Charakter der Hauptpflicht	69
b) Divergierende Pflichten innerhalb eines Rechtsverhältnisses (Pflichtenpluralität)	69
c) Pflichtverletzung und funktionaler Zusammenhang.....	71
d) Zusammenfassung zur Vermögensbetreuung als Hauptpflicht bzw. wesentliche Pflicht	71
4. Gewisser Spielraum für eigenverantwortliche Entscheidungen	72
5. Gewisses Gewicht und gewisse Bedeutung	73
III. Zusammenfassung zur strafrechtlichen Rechtspflicht.....	74
E. Zusammenfassung zur rechtssystematischen Einordnung und den Voraussetzungen etwaiger Rechtspflichten.....	75
3. Teil: Entstehung vermögensrelevanter Rechtspflichten unter Berücksichtigung betriebsverfassungsrechtlicher Besonderheiten	77
A. Gemeinsamkeiten im Rahmen der pflichtbegründenden Merkmale zivil- und strafrechtlicher Rechtspflichten	77
I. Tatsächliche Einwirkungsmöglichkeit auf fremdes Vermögen als rechtsgebietsübergreifender Ausgangspunkt.....	77
1. Vergleichbarkeit zivil- und strafrechtlicher Anforderungen an eine tatsächliche Einwirkungsmöglichkeit	78
a) Die erhöhte Einwirkungsmöglichkeit in der zivilrechtlichen Sonderverbindung.....	78
b) Die Einwirkungsmacht im Rahmen strafrechtlicher Vermögensbetreuungspflichten.....	80
aa) Einwirkungsmöglichkeit als Bestandteil einer besonderen Machtstellung.....	81
bb) Rückschlüsse auf die Ausgestaltung der Einwirkungsmacht.....	82
c) Bedingtes Auseinanderfallen zivil- und strafrechtlicher Anforderung an eine erhöhte Einwirkungsmöglichkeit	84
2. Übertragung der allgemeinen Anforderungen auf die besonderen Verhältnisse der Betriebsverfassung	85
a) Einteilung der Beteiligungsrechte in ein Stufensystem.....	85
b) Rechtsgebietsübergreifender Ausschluss einer Einwirkungsmöglichkeit bei Unterrichtungs- und Informationsrechten	87
c) Einwirkungsmöglichkeit bei Mitwirkungsrechten	89

aa) Pflichtbegründende zivilrechtliche Einwirkungsmöglichkeit	89
bb) Keine strafbegründende Eingriffsmacht.....	91
d) Einwirkungsmöglichkeit bei Mitbestimmungsrechten.....	92
aa) Sich verlagernde Einwirkungsmöglichkeit bei Widerspruchs- oder Vetorechten	92
bb) Direkte Beteiligung des Betriebsrats bei sonstigen Mitbestimmungsrechten.....	94
3. Zusammenfassung zur tatsächlichen Einwirkungsmöglichkeit auf fremdes Vermögen als rechtsgemeinschaftsübergreifender Ausgangspunkt.....	96
II. Vertrauen als pflichtbegründendes Konstituens und dessen legislative Anordnung.....	98
1. Legislative Anordnung von Vertrauen	99
2. Exemplarische Darstellung der legislativen Anordnung von Vertrauen	100
a) Darstellung am Beispiel des § 87 Abs. 1 Nr. 3 BetrVG	101
aa) Normzweck bei Verkürzung der Arbeitszeit	101
bb) Normzweck bei Verlängerung der Arbeitszeit.....	104
(1) Interessenlage und Schutzzweck bei der Arbeitszeitverlängerung	104
(2) Keine Sicherung der Verdienstchancen.....	106
(3) Schwerpunkt der Regelungsaufgabe	108
b) Darstellung am Beispiel der § 87 Abs. 1 Nr. 10 und Nr. 11 BetrVG	109
aa) Vermögensrelevanz der Mitbestimmungsrechte	110
(1) Keine Mitbestimmung bei der konkreten Lohnhöhe im Rahmen des § 87 Abs. 1 Nr. 10 BetrVG	110
(2) Kein Erfordernis der Kostenneutralität der Mitbestimmung	112
(3) Zusammenfassung zur Vermögensrelevanz der Mitbestimmungsrechte.....	113
bb) Normzweck der Mitbestimmungsrechte	114
(1) Normzweck des § 87 Abs. 1 Nr. 10 BetrVG	114
(2) Normzweck des § 87 Abs. 1 Nr. 11 BetrVG	116
(a) Reichweite des Schutzzweckes nach der Rechtsprechung und Meinungsstand im Schrifttum	117

(b) Gesundheitsschutz als Normzweck des § 87 Abs. 1 Nr. 11 BetrVG	120
(c) Schwerpunkt der Regelungsaufgabe	123
cc) Zusammenfassung.....	125
3. Zusammenfassung zur legislativen Anordnung von Vertrauen	126
III. Geschäftsbesorgungscharakter als strafrechtliche Entstehungsvoraussetzung und zivilrechtliches Eingrenzungskriterium.....	126
1. Allgemeiner Geschäftsbesorgungscharakter der Betriebsratstätigkeit	128
2. Der differenzierte Lösungsansatz Lobingers	130
a) Die „Trias der Beteiligungstypen“.....	131
b) Rückschlüsse auf strafrechtliche Vermögensbetreuungspflichten.....	133
3. Stellungnahme.....	134
IV. Fremdnützlichkeit als strafrechtliche Entstehungsvoraussetzung und zivilrechtliches Eingrenzungskriterium	138
V. Gewisser Ermessensspielraum bei der Pflichtwahrnehmung	140
VI. Zusammenfassung hinsichtlich der rechtsgebietsübergreifenden Gemeinsamkeiten der pflichtbegründenden Merkmale	142
VII. Stellungnahme.....	143
1. Grundsätzliche Möglichkeit zivilrechtlicher Sonderverbindungen zwischen den Betriebsräten und den Arbeitnehmern	144
a) Argument der Unzumutbarkeit einer Haftung.....	145
b) Argument der Lähmung der Betriebsratstätigkeit	147
c) Argument der Unvereinbarkeit einer Haftung mit dem Wesen und der Funktion des Betriebsrats.....	149
d) Argument der fehlenden außerdeliktischen Schutzbedürftigkeit.....	151
e) Zusammenfassung	152
2. Grundsätzliche Möglichkeit strafrechtlicher Treueverhältnisse zwischen den Betriebsräten und den Arbeitnehmern	152
B. Entstehungsgründe der Rechtspflichten	153
I. Entstehungsgründe aus strafrechtlicher Sicht	153

1. Keine Treuepflichten kraft behördlichen Auftrages	154
2. Treuepflichten kraft Rechtsgeschäfts	154
a) Betriebsratswahl als Rechtsgeschäft im Sinne des § 266 StGB	154
aa) Willenserklärung als wesentliche Voraussetzung eines Rechtsgeschäfts	155
bb) Vorliegen einer Willenserklärung im Rahmen der Betriebsratswahl	157
(1) Betriebsratswahl als Wahl im engeren Rechtssinne	157
(2) Stimmabgabe als Willenserklärung.....	158
(a) Stimmabgabe als Willensäußerung.....	158
(b) Stimmabgabe als Willensäußerung mit Rechtsfolgewillen	159
cc) Keine Einschränkung wegen des Charakters eines Rechtsgeschäfts als Instrument der Privatautonomie.....	161
b) Zusammenfassung	163
3. Treuepflichten kraft Gesetzes.....	163
4. Entscheidender Anknüpfungspunkt der Treuepflicht.....	165
a) Erfordernis einer klaren Zuordnung zu einem Entstehungsgrund	166
b) Das Gesetz als Entstehungsgrund betriebsverfassungsrechtlicher Treuepflichten	167
5. Zusammenfassung zu den Entstehungsgründen aus strafrechtlicher Sicht	169
II. Entstehungsgründe aus zivilrechtlicher Sicht	170
III. Zusammenfassung zu den Entstehungsgründen der Rechtspflichten.....	171
C. Betriebsratsmitglieder als Adressaten einer gesetzlichen Rechtspflicht.....	171
I. Kein grundsätzlicher Ausschluss einer persönlichen Pflichtgebundenheit mangels persönlicher Erfüllbarkeit	172
II. Begründung einer persönlichen Pflichtgebundenheit	173
1. Vertrauensstellung der einzelnen Betriebsratsmitglieder.....	174
2. Erhöhte Einwirkungsmöglichkeit bzw. Einwirkungsmacht der einzelnen Betriebsratsmitglieder.....	176
III. Zusammenfassung.....	177
D. Kausalität zwischen Betriebsratshandeln und einer Vermögensänderung	177

I. Der mehrköpfige Betriebsrat und die Zurechenbarkeit einer Kollegialentscheidung („horizontale Zurechnung“)	178
II. Kausalität zwischen Betriebsratshandeln (Beschluss) und einer Vermögensänderung („vertikale Zurechnung“)	179
1. Kausalität bei Regelungsmaßnahmen	180
a) Kausalität zwischen Betriebsratshandeln (Beschluss) und einer Regelungsmaßnahme.....	181
aa) Keine Kausalität bei Unterrichtungs- und Informationsrechten	182
bb) Kausalität des Betriebsratsbeschlusses bei Mitbestimmungsrechten im engeren Sinne	182
cc) Kausalitätsschwierigkeiten bei bloßen Mitwirkungsrechten	183
b) Kausalität zwischen Regelungsmaßnahme und Vermögensänderung	184
aa) Unmittelbare Kausalwirkung einer Betriebsvereinbarung.....	185
bb) Keine zwingende Unterbrechung des Kausalverlaufs bei sonstigen Regelungsmaßnahmen	185
(1) Keine Unterbrechung des Kausalverlaufs bei Regelungsabreden	186
(2) Einseitige Arbeitgebermaßnahme und Kausalverlauf	187
c) Zusammenfassung zur vertikalen Zurechnung bei Regelungsmaßnahmen.....	188
2. Kausalität bei Widerspruchs- und Vetorechten (Vermögensrelevante Reflexwirkung).....	189
III. Zusammenfassung zur Kausalität zwischen Betriebsratshandeln und Vermögensänderung	190
E. Ausgestaltung und Nichterfüllung vermögensbezogener Rechtspflichten	191
I. Ausgestaltung zivil- und strafrechtlicher Rechtspflichten der Betriebsräte als Verhaltenspflichten	191
II. Rechtspflichtverletzung.....	192
1. Allgemeiner betriebsverfassungsrechtlicher Pflichtwidrigkeitsmaßstab.....	193
a) Grundsatznorm des § 75 BetrVG	194
b) Allgemeines Gleichbehandlungsgebot nach §§ 17, 1 AGG	196
c) Sonstige gesetzliche Schrankenbestimmungen	196

d) Zusammenfassung zum allgemeinen betriebsverfassungsrechtlichen Pflichtwidrigkeitsmaßstab	198
2. Strafrechtlicher Pflichtwidrigkeitsmaßstab und mögliche Akzessorietät.....	198
a) Negative oder asymmetrische Akzessorietät.....	199
b) Weiter Handlungsspielraum und „gravierende“ Pflichtverletzung.....	200
III. Zusammenfassung zur Ausgestaltung und Nacherfüllung vermögensbezogener Rechtspflichten.....	204
4. Teil: Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse.....	205
A. Die einschlägigen Rechtsinstitute und deren konstituierende Merkmale	205
B. Die grundsätzliche Möglichkeit des Bestehens besonderer Rechtsverhältnisse zwischen den Betriebsratsmitgliedern und den Arbeitnehmern	207
C. Die weiteren Voraussetzungen vermögensbezogener Rechtspflichten der Betriebsratsmitglieder gegenüber den Arbeitnehmern	209